

## BFI-Botschaft 2008–2011 Erneute Kürzungen verhindern

21,2 Milliarden Bundesgelder sollen in den Jahren 2008–2011 für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) zur Verfügung stehen – so steht es in der Botschaft des Bundesrats vom Januar 2007. Das sind zusätzlich 6 Prozent pro Jahr.

Dieser Betrag gilt als absolutes Minimum. In den Augen der Hochschulen und Forschungsinstitutionen, aber auch bei der Schweizer Wirtschaft, wie die Stellungnahme von *economiesuisse* vom Mai 2007 zeigt (siehe auch Artikel rechts). Der Nationalrat sprach sich im Herbst 2006 mit 90 zu 77 Stimmen sogar für ein jährliches Wachstum von 8 Prozent aus!

Doch trotz dieser breiten Unterstützung sind diese Mittel nicht gesichert. Bereits hat der Bundesrat neue Sparvorgaben gemacht: 700 Millionen im Jahr 2008, 950 Millionen für 2009 und 1,2 Milliarden 2010. Es ist absehbar, dass der Bildungsbereich davon massiv betroffen würde. Diese Widersprüche zwischen Bildungs- und Finanzpolitik unterlaufen jegliche strategische Planung. Die Institutionen von Bildung und Forschung würden – wie schon in den letzten Jahren – erneut zu Hau-Ruck-Sparübungen gezwungen.

Es ist nun an uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier, über die Parteigrenzen hinweg der Prioritätensetzung zu Gunsten von Bildung, Forschung und Innovation auch wirklich zum Durchbruch zu verhelfen. Der Lackmустest, ob den Worten auch die richtigen Taten folgen, steht noch bevor!

*Nationalrat Urs Hofmann  
Präsident der Finanzdelegation und  
Mitglied des Politikerteams FUTURE*

## Bundesbotschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011

### Für Erhöhung, gegen Diskontinuität

**In seiner Botschaft zur Bildung, Forschung und Innovation für die Periode 2008–2011 (BFI-Botschaft) beantragt der Bundesrat eine Erhöhung der Kredite um 6 Prozent pro Jahr. Gleichzeitig sieht er im Rahmen der Finanzpolitik Budgetkürzungen vor, die auch den BFI-Bereich betreffen werden. Vor der Eröffnung der Parlamentsdebatte über die BFI-Botschaft wundern sich deshalb zahlreiche Beobachter über diese Widersprüche in der Politik des Bundesrates.**

Seit beinahe zwei Jahren arbeiten akademische und politische Akteure Hand in Hand, um die Perspektiven für den BFI-Bereich zu verbessern. Mit Erfolg: In seiner Botschaft Ende Januar 2007 über die Förderung des BFI-Bereichs für die Periode 2008–2011 kündete der Bundesrat eine Erhöhung der Kredite um 6 Prozent an. Das entspricht einer Investition von 21,2 Milliarden Franken während vier Jahren. Fast alle betroffenen Kreise begrüßen diesen Vorschlag, weisen aber auch darauf hin, dass der Bundesrat damit den Forderungen des Parlaments entspreche. In der Session in Flims hatten sich beide Kammern mit einer grossen Mehrheit für ein jährliches Wachstum von mindestens 6 Prozent ausgesprochen, der Nationalrat sogar für 8 Prozent.

Doch parallel dazu, im Februar 2007, ordnete der gleiche Bundesrat in seinen Weisungen für die Budgetierung 2008 und Planung 2008–2011 Kürzungen an, die den BFI-Bereich jährlich mit mindestens 100 Millionen Franken betreffen dürften. Dies würde die Hochschulen, die anderen Institutionen für Forschung und Innovation und die Berufsbildung zum Verzicht auf gewisse Aktivitäten zwingen – Aktivitäten, die dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im internationalen Vergleich zu sichern.

#### Eine illusorische Botschaft

Die Ankündigung neuer Kürzungen erfolgte zudem noch vor der Parlamentsdebatte über die BFI-Botschaft. Das Geschäft wird nämlich erst in der kommenden Sommersession im Ständerat behandelt. «Die Erhöhungen, die uns der Bundesrat vorschlägt, sind also illusorisch», stellt die Waadtländer Ständerätin Christiane Langenberger, Präsidentin des Politikerteams FUTURE fest.

Es ist deshalb wichtig, dass der Bundesrat seine finanzpolitischen Zielsetzungen noch einmal überprüft und diese mit den in der BFI-Botschaft angestrebten Zielen vereinbart. Zahlreiche Parlamentarierinnen und Parlamentarier erachten eine Erhöhung der Mittel um jährlich 6

#### **Economiesuisse, Stellungnahme vom 10. Mai 2007**

### 21,2 Milliarden sind eine solide Basis

«Die Wirtschaft erachtet die rund 21,2 Mrd. Franken schwere Vorlage als solide Basis, sofern die Mittel über die ganze Periode verlässlich zur Verfügung stehen. Zudem braucht es strukturelle und organisatorische Anpassungen sowie eine fokussierte und effiziente Mittelverwendung. Nur so kann die Schweiz ihren guten Platz in der globalen Wissensgesellschaft behaupten.»

**Finanzkommission des Ständerats****Wahrung der Kontinuität der Zahlungen**

Die Finanzkommission des Ständerats plädiert dafür, die Höhe der Mittel für die Förderung der Bildung, Forschung und Innovation so zu wählen, dass eine Kontinuität der Beitragszahlungen über den gesamten Planungszeitraum gewährleistet werden könne. Unerwartete jährliche Schwankungen seien sowohl aus Sicht der Kantone als auch aus Sicht der mittelberechtigten Institutionen unter allen Umständen zu vermeiden. Die Finanzkommission betont die Bedeutung von verlässlichen Grundlagen als Voraussetzung für deren Planung.

Prozent als das strikte Minimum, um der internationalen Konkurrenz standhalten zu können. Dies umso mehr, wenn man den Aufholbedarf aus den Neunzigerjahren und die Kürzungen der Entlastungsprogramme der letzten drei Jahre berücksichtigt.

Um kohärent zu bleiben und zu beweisen, dass der Bereich Bildung, Forschung und Innovation tatsächlich wie angekündigt ihre Priorität ist, müssen die Politikerinnen und Politiker handeln – beispielsweise durch Unterstützung des Antrags von Ständerat Fritz Schieser. Der Antrag verlangt eine auf vier Jahre begrenzte, aber gesetzlich verankerte Ausnahme der in der BFI-Botschaft vorgesehenen Kredite von den Sparmassnahmen, die der Bundesrat in der Finanzplanung der nächsten Legislatur vorsieht.

**Vom «Stop and go» zum Abbauszenario**  
Bereits in den vergangenen vier Jahren wurde durch die Entlastungsprogramme eine so genannte «Stop and go»-Politik quasi institutionalisiert. Dem finanziellen Engagement fehlte die Kontinuität. Diese Politik zu wiederholen, würde

bedeuten, sich von einer offiziellen Priorität zu verabschieden: Denn der BFI-Bereich würde zur Entlastung der Bundesfinanzen 13,3 Prozent beisteuern, obwohl der Aufgabenbereich weniger als 6 Prozent der Ausgaben ausmacht (siehe Broschüre «Öffentliche Finanzen 2007» der Eidgenössischen Finanzverwaltung). Zudem übergeht man stillschweigend die 6,5 Milliarden Franken Überschuss in der Bundesrechnung 2006.

Diese Widersprüche sind den zuständigen Kommissionen nicht entgangen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie die Finanzkommission des Ständerates sind besorgt und bekräftigen, dass diese schwerwiegenden jährlichen Schwankungen unter allen Umständen vermieden werden müssen (siehe Kasten).

Nach der «Stop and go»-Politik in der Legislatur 2004–2007 droht in der Periode 2008–2011 der Übergang zu einer Strategie des Abbaus – mit dem Hinweis, dass es in Zukunft vielleicht besser werde. Dieses Vorgehen zeugt nicht von einer strategischen Vision, das ist blosser Verwaltungsarbeit.

**Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS),  
Medienmitteilung vom 29. Mai 2007****Nicht mit einer Hand geben und der andern nehmen**

«Der VSS setzt sich für eine Erhöhung der Investitionen in den Bereich Bildung, Forschung und Innovation um 10 Prozent ein und verlangt, dass dieser Bereich nicht – wie in der Vergangenheit leider schon oft – Opfer von Sparmassnahmen des Bundes wird. [...] Die doppelböckige Politik des Bundesrates, der mit einer Hand gibt und der andern nimmt, muss ein Ende haben.»

**Sieben Jahre FUTURE**

Weder links noch rechts noch in der Mitte. Über Parteistreitigkeiten hinweg, aber im Dienst von Bildung, Forschung und Innovation. So könnte man die Berufung des Politikerteams FUTURE zusammenfassen.

Manch einer war vielleicht erstaunt, als sich im Herbst 2000 ein Kern von Parlamentariern in einem überparteiliches Team zusammenfand, das sich fortan für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) engagierte. Während mehr als zwei Legislaturen hat dieses Team immer wieder versucht, den grössten – und manchmal sehr kleinen – gemeinsamen Nenner zu finden. Mehrere Dutzend Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben sich an leidenschaftlichen Debatten zur Unterstützung des BFI-Bereichs beteiligt. Der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik hat sich intensiviert und an Qualität gewonnen.

Ich wünsche mir sehr, dass dieser Elan auch ab Dezember 2007 im neuen Parlament wieder zu finden sein wird. Alle politischen und akademischen Akteure stehen vor wichtigen gesetzgeberischen und akademischen Projekten, die für Hochschulen und Forschung in der Schweiz von grundlegender Bedeutung sind. Diese Aufgaben fordern sowohl in finanzieller als auch struktureller Hinsicht ein verstärktes Engagement aller Partner.

*Christiane Langenberger  
Ständerätin  
Präsidentin des Politikerteams  
FUTURE*

Wirkung von Steuerungs-  
massnahmen

## Stärken und Schwächen im System

**Der Bundesrat hat Anfang April 2007 einen Bericht zur Wirkung von Steuerungsmaßnahmen im Bildungs- und Forschungsbereich veröffentlicht und antwortet damit auf das Postulat von Ständerätin Anita Fetz (SP, BS) aus dem Jahr 2001. Der Bericht interessiert nicht zuletzt auch mit Blick auf das neue Hochschulrahmengesetz, dass der Bundesrat noch dieses Jahr dem Parlament vorlegen will.**

In der Schweiz zeigt sich – parallel zur internationalen Entwicklung – eine Verschiebung von historisch bedingten zu vermehrt indikatorgestützten Förderpolitiken: Input-Indikatoren werden im Allgemeinen für die Finanzierung der Lehre benützt. Sie sind Garant für Stabilität. Die Forschung wird einerseits über Outputindikatoren (Akquisition von Drittmitteln), andererseits durch im Wettbewerb vergebene, projektbezogenen Mittel finanziert.

### Nur leistungsabhängige Förderung gefährdet Nachhaltigkeit

In anderen Ländern wurde festgestellt, dass sich bei einseitiger leistungsabhängiger Finanzierung Schwierigkeiten ergeben für risikoreiche und langfristige Forschungsprojekte, Grundlagenforschung und Investitionen in Infrastruktur. Der Bericht begrüsst daher die Anstrengungen der Schweiz zur Verbesserung der Qualität und der Nachhaltigkeit, beispielsweise durch die Nationalen Forschungsschwerpunkten des Schweizerischen Nationalfonds.

### Schwächen bei Gesamtsteuerung

Die Kombination der verschiedenen Finanzierungsarten im heutigen System

garantiere zwar Sicherheit und Stabilität, doch seien auch die Schwächen des Föderalismus und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen unübersehbar. Genannt werden eine ungenügende Gesamtsteuerung des Hochschulsystems und die mangelnde Aufgabenteilung unter den Hochschulen.

**Weitere Informationen und Download des Berichts:** [www.sbf.admin.ch](http://www.sbf.admin.ch)

---

## Strategisches Controlling

### Nicht jede Wirkung zeigt sich in Zahlen

**Das Eidgenössische Departement des Innern und das Volkswirtschaftsdepartement prüften mit einem strategischen Controlling, ob und in welchem Umfang die Ziele der Botschaft über die Bildung, Forschung und Technologie 2004–2007 (BFT-Botschaft) umgesetzt wurden.**

Der Zwischenbericht – eine abschliessende Analyse ist für Ende 2008 geplant – zeigt in vielen Bereichen zufriedenstellende Wirkungen. Allerdings stosse das Unterfangen eines systematischen Controllings an inhaltliche und methodische Grenzen: Die Zielformulierungen in der BFT-Botschaft seien als Resultat politischer Kompromisse bewusst offen gehalten, was die Überprüfung und Messung der Ziele erschwere. Die Resultate seien zudem nicht alleine auf die BFT-Massnahmen zurückzuführen, da demografische und wirtschaftliche Entwicklungen eine massgebende Rolle spielen. Hinzu komme, dass wichtige Teilbereiche des Zielkatalogs nicht quantitativ zu beurteilen seien: Nicht jede Wirkung liesse sich in Franken oder Zahlen umschreiben. Deshalb müsse neben die quantitative mindestens gleichberechtigt eine qualitative Beurteilung treten.

**Download der Studie auf** [www.sbf.admin.ch](http://www.sbf.admin.ch)

## Primatenforschung

### Politische Debatte ist dringend nötig

Ende Februar 2007 hat die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich zwei Rekurse gegen Forschungsvorhaben mit Versuchen an Primaten gutgeheissen. Die Entscheide sind nicht – wie in den Medien teilweise behauptet – mit dem neuen Tierschutzgesetz begründet, sondern stützen sich auf Empfehlungen zu Primatenversuchen der Eidgenössischen Ethikkommission für Biotechnologie im Ausserhumanbereich (EKAH) und der Eidgenössischen Kommission für Tierversuche (EKTIV).

Die Forschenden der von den Entscheiden betroffenen Forschungsgebiete befürchten weitreichende Konsequenzen für den Forschungsplatz Schweiz. Der SNF fordert daher eine offene und konstruktive Diskussion über die Primatenforschung und die erwähnten Empfehlungen, die sich auch mit der internationalen Debatte über diese Fragen auseinandersetzt. Diese Diskussion sollte mit allen interessierten Kreisen geführt werden, bevor die politischen und juristischen Behörden weitere Entscheide treffen, die womöglich zu einem forschungspolitischen Sonderweg der Schweiz führen.

**Weitere Informationen:**

**SAMW bulletin 2/07 vom 4. Juni 2007, Download unter** [www.samw.ch](http://www.samw.ch)

**SMS****Warten auf das BFI-Departement**

Die Schaffung eines gemeinsamen Departements für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) lässt weiter auf sich warten. Der Bundesrat hat in seiner zweitägigen Klausursitzung von Ende Mai auf konkrete Beschlüsse in dieser Richtung verzichtet. Er beauftragte lediglich die betroffenen Departemente, die Zusammenlegung der Bereiche Bildung und Forschung bis im Herbst 2007 zu prüfen.

**Ralph Eichler neuer Präsident der ETH Zürich**

Der Bundesrat hat Ralph Eichler zum neuen Präsidenten der ETH Zürich gewählt. Er tritt das Amt am 1. September 2007 an. Ralph Eichler ist Professor für Physik und seit 2002 Direktor des Paul Scherrer Instituts in Villigen. Seit 2004 ist er Mitglied des ETH-Rats als Vertreter der vier Forschungsinstitutionen des ETH-Bereichs.

**Startschuss zur Akkreditierung der Fachhochschulen**

Seit Mai 2007 können sich Fachhochschulen akkreditieren lassen. Das Akkreditierungssystem im Fachhochschulbereich ist Teil des Bologna-Prozesses und orientiert sich an europäischen Qualitätsstandards. Zuständige Akkreditierungsbehörde ist das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement.

**Rektor der ETH Zürich geht zur Uno-Universität**

Der Rektor und Präsident ad interim der ETH Zürich, Konrad Osterwalder, wurde von UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon zum Rektor der United Nations University (UNU) in Tokio berufen. Die UNU ist ein dezentrales internationales Netzwerk von Wissenschaftlern, das der UNO als Think Tank (Denkfabrik) zur Klärung akuter globaler Fragen dient.

**Schweiz zählt 172'000 Studierende**

Im Wintersemester 2006/07 waren gemäss Bundesamt für Statistik an

den Schweizer Hochschulen 172'000 Studierende eingeschrieben, zwei Drittel davon an universitären Hochschulen, der Rest an Fachhochschulen. Die Zahl der Studierenden stieg an den Fachhochschulen gegenüber dem Vorjahr mit 5,6 Prozent fast doppelt so stark an wie an den Universitäten und ETH.

**Hochschulstudien für internationale Beziehungen: Stiftungsrat bestimmt**

Das Eidgenössische Departement des Innern hat Mitte Mai 2007 gemeinsam mit der Erziehungsdirektion des Kantons Genf die Zusammensetzung des ersten Stiftungsrates der «Stiftung für Hochschulstudien im Bereich internationale Beziehungen und Entwicklung» bestimmt: Präsident ist Roger de Weck, Vizepräsident ist Prof. Jacques Forster. Die neue Institution geht aus der Verbindung des «Institut universitaire de hautes études internationales» (HEI) und des «Institut universitaire d'études du développement» (IUED) hervor.

**Ist das EU-Technologieinstitut umsetzbar?**

Das geplante Europäische Institut für Technologie (EIT) sei nicht umsetzbar. Zu diesem Schluss kommt eine unabhängige Expertengruppe in ihrem Bericht vom 5. April 2007. Ähnliche Töne schlugen mehrere Entscheidungsträger der EU anlässlich einer öffentlichen Anhörung Anfang Mai an: Nach ihrer Ansicht ist die geplante Finanzierung des EIT undurchsichtig und der Zweck des Instituts unklar. Die EU-Kommission hingegen fordert Fortschritte: Es sei ein guter Zeitpunkt für die Schaffung des EIT.

**Lausanne erhält Zentrum für Infrastrukturen der Sozialwissenschaften**

Das Bundesamt für Statistik und das Staatssekretariat für Bildung und Forschung haben entschieden, ein Schweizer Zentrum für Infrastrukturen der Sozialwissenschaften an der Universität Lausanne anzusiedeln. Dort werden der

Schweizerische Informations- und Daten-Archivdienst für die Sozialwissenschaften (SIDOS), das zukünftige Daten- und Informationszentrum für öffentliche Forschung, langfristige nationale Erhebungsprojekte sowie die Schweizer Beteiligung am European Social Survey (ESS) und am International Social Survey Programme (ISSP) an einem Standort zusammengeführt. Die Inbetriebnahme des Zentrums ist für den 1. Januar 2008 vorgesehen.

**Impressum**

Netzwerk FUTURE  
Dunantstrasse 60  
3074 Muri bei Bern  
Tel. 031 351 88 46  
Fax 031 351 88 47  
info@futureteam.info

© Netzwerk FUTURE 2007  
Wiederverwendung der Artikel  
unter Quellenangaben erlaubt.

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.